

Drei von vier spannen zusammen

KLOTEN. 21 flughafennahe Gemeinden bilden eine neue Allianz – und erhoffen sich dadurch viel: Als «Lösung im Fluglärmstreit» fordern sie eine faire Verteilung der Lasten und einen Verzicht auf jegliche Pistenverlängerungen. Der Süden macht aber nicht mit.

OLIVER GRAF

Der hauptbetroffenen Bevölkerung müsse gebührend Gehör zugestanden werden, fordert Bachenbülachs Gemeindepräsident Franz Bieger. «Und nicht nur den entfernteren liegenden Regionen und Kantonen.» Für Hanspeter Lienhart, Stadtrat von Bülach, ist klar: «Eine umsetzbare Lösung im Fluglärmstreit kann nur gefunden werden, wenn die flughafennahen Gemeinden wirklich involviert werden.» Und René Huber, Stadtpräsident von Kloten, sagt: «Wir wissen, was Fluglärm ist. Und wir wissen, welche Bedeutung der Flughafen hat.»

21 solche Gemeinden, die das Thema Fluglärm kennen, haben

Voraussetzung eines fairen Ausgleichs: «Es ist nicht hinnehmbar, dass aus politischen Gründen dem Südwestsektor um den Flughafen ein privilegierter Lärmstatus zugestanden wird», sagt Franz Bieger.

«Zu Kompromissen bereit»

Die neue Allianz fordert deshalb eine faire Fluglärmverteilung. «So kann die Akzeptanz in den tatsächlich betroffenen Gemeinden und Städten verbessert und eine minimale Wohnqualität trotz der unvermeidlichen Mehrbelastungen

in allen Teilen der Flughafenregion erhalten bleiben», sagt Bieger. Dies sei keine neue Forderung – schon 2002 habe der Runde Tisch ein «historisches Abstimmungsergebnis» erzielt.

Damals hatten sich die Vertreter von Gemeinden und Organisationen mit 62 zu 5 Stimmen für eine Verteilung ausgesprochen. «Kurz darauf hat der Regierungsrat einen Rückwärtssalto vollzogen. Seither haben wir den Salat», so Bieger. «Es kann nicht sein, dass wir uns wegen eines Schwenkers der Regierung nun gegenseitig zerfleischen.» Das Zusammengehen der 21 Gemeinden zeige nun aber, dass Kompromissbereitschaft bestehe.

Im Weiteren verlangt die Allianz einen Verzicht auf die angedachten Pistenverlängerungen. Diese seien angesichts der seit Jahren eher stagnierenden Bewegungszahlen nicht nötig, glaubt Bieger. Seitens des Flughafens und des

Bundesamtes für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation heisst es, die Verlängerungen werden für einen stabilen Flugbetrieb benötigt, wenn der Staatsvertrag zwischen Deutschland und der Schweiz umgesetzt wird. Dass in den Verkehrsspitzen ein Engpass bestehen könnte, will die Allianz nicht in Abrede stellen. Dieser liesse sich aber mittels Optimierungen – etwa durch den Bau von Schnellabrollwegen – beheben. Auch betriebliche Massnahmen – wie Südstarts geradeaus – könnten Abhilfe schaffen, hält die Allianz fest.

Im Süden zeigt man sich wenig begeistert. In der Allianz fehlen denn auch die innerhalb der Abgrenzungslinie liegenden Städte Wallisellen und Opfikon. Diese sprechen sich für die Pistenverlängerungen aus.

Die 21 Allianz-Gemeinden aus dem Westen, Norden und Osten des Flughafens, die über 130000 Einwohner repräsentieren, haben sich nun in einem gemeinsamen Schreiben an den Bundesrat und den Zürcher Regierungsrat gewandt.

Zahlreiche Unfälle wegen heftigen Schneefalls

ZÜRICH. Im ganzen Kanton hat der heftige Schneefall für teilweise chaotische Zustände auf den Strassen geführt. Mehrere Personen wurden verletzt.

Auf den Strassen im Kanton ist es gestern zu rund achtzig Unfällen und zahlreichen Verkehrsbehinderungen gekommen. Sieben Personen wurden verletzt. Besonders betroffen war die Autobahn A1 (Nordring); im und rund um den Gubristtunnel kam es zu Staus und längeren Wartezeiten. Zudem mussten auf dieser Strecke einzelne Autobahneinfahrten kurzzeitig gesperrt werden. Ursache für die Verkehrsunfälle ist gemäss Polizeiangaben das Nichtanpassen der Geschwindigkeit an die winterlichen Strassenverhältnisse und das Nichtbeherrschen des Fahrzeuges. Die Unfälle ereigneten sich auf dem gesamten Kantonsgebiet; ein Unfallschwerpunkt war nicht auszumachen.

Der heftige Schneefall hat gestern auch den Busbetrieb in und um die Stadt Zürich teilweise lahmgelegt. Steile Strecken waren unpassierbar. Zahlreiche Linien wurden eingestellt, wie die VBZ mitteilte.

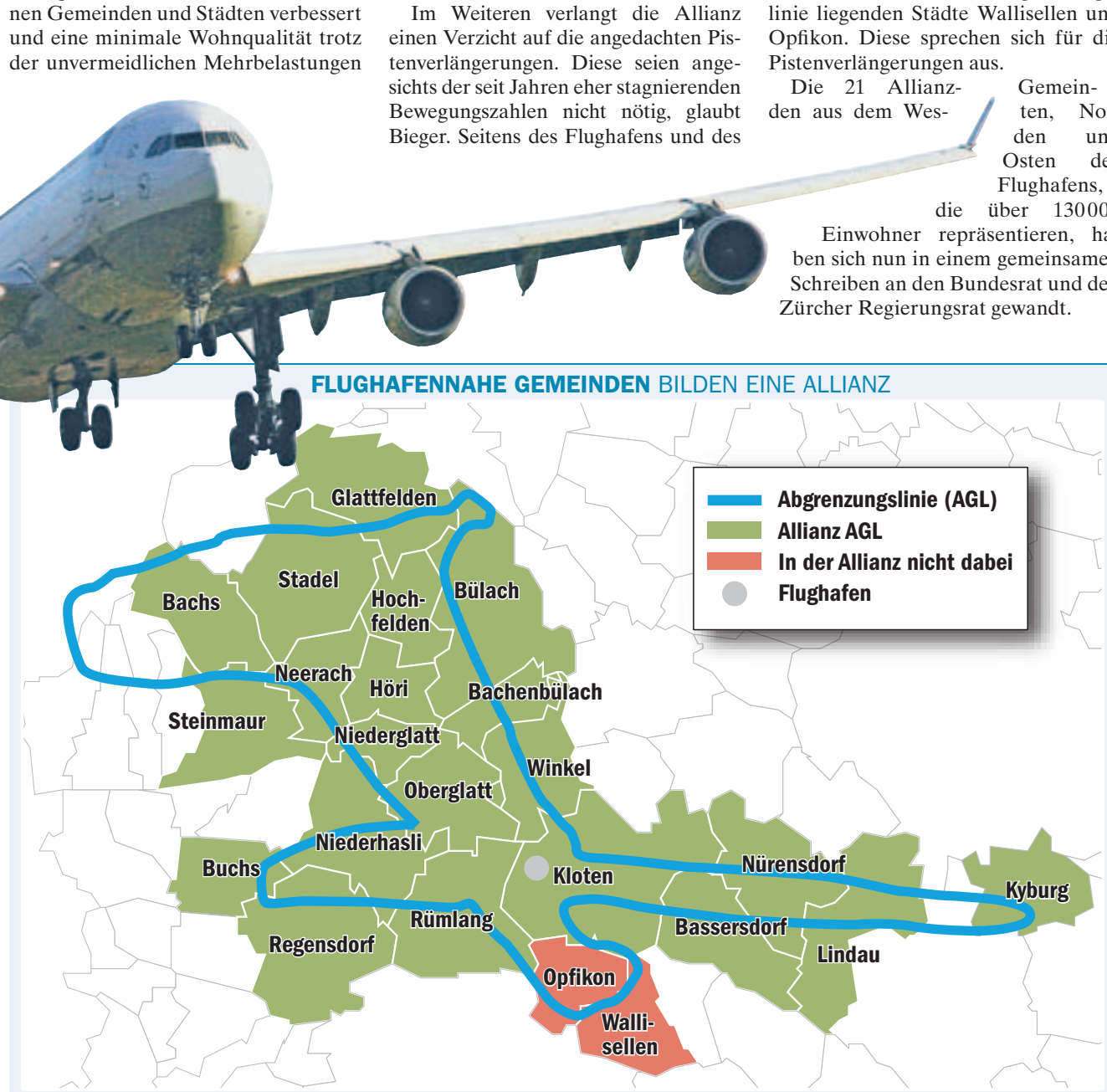
Zahlreiche Flüge gestrichen

Die Schneefälle in Europa haben gestern auch für den Flughafen spürbare Folgen gezeitigt. Bis am Abend mussten in Zürich 33 Abflüge gestrichen werden, wie es beim Flughafen auf Anfrage hiess. Grund seien in den meisten Fällen die Wetterverhältnisse an den Zielflughäfen gewesen: In Amsterdam, Brüssel, Genf, Düsseldorf, Frankfurt und Paris sei die «Schneefront» schon früher durchgezogen als in Zürich. Die Schneeräummaschinen waren im Dauereinsatz: Bevor die Flugzeuge starten konnten, mussten die Pisten geräumt werden. Dies führte zu Verspätungen von 40 bis 60 Minuten. (sda)

sich nun zu einer neuen Allianz zusammengefunden. Sie liegen alle innerhalb der sogenannten Abgrenzungslinie. Hier wird der Immissionsgrenzwert überschritten. «Die Siedlungsgebiete gelten in der Definition des Gesetzes als stark vom Fluglärm betroffen», hält die «Allianz Abgrenzungslinie» fest.

Die Allianz strebt «eine Lösung im Fluglärmstreit» an. Es gebe «differenzierte Lösungen, die von allen getragen werden können», sagt Bieger (siehe auch untenstehendes Interview). Trotz ihrer unterschiedlichen regionalen Interessen hätten sich die 21 Gemeinden zu einer gemeinsamen Position gefunden. «Wir alle sind auch bereit, in einem offenen Dialog bisherige Positionen in Frage zu stellen.»

Die Gemeinden im Norden des Flughafens könnten sich etwa für den gekrümmten Nordanflug aussprechen, sagt Hanspeter Lienhart. Und der Osten könnte sich vorstellen, gewisse zusätzliche Lasten zu übernehmen, sagt René Huber. Dies allerdings nur unter der



«Der Staatsvertrag ist nicht entscheidend»

KLOTEN. Franz Bieger hat das Bündnis der AGL-Gemeinden initiiert. Der Gemeindepräsident von Bachenbülach glaubt, mit den Forderungen auch eine Mehrheit im Kanton zu finden.

INTERVIEW: HEINZ ZÜRCHER

Herr Bieger, es hat doch schon genügend Schutzverbände rund um den Flughafen. Braucht es ein weiteres Bündnis?

Franz Bieger: Ich finde schon. Die übrigen Organisationen vertreten Partikularinteressen: je nachdem, ob ihre Region im Osten, Westen, Norden oder Süden des Flughafens liegt. Unsere Allianz vertritt die Interessen jener Personen, die am meisten von Fluglärm betroffen sind. Die haben aus meiner Sicht noch eine zu wenig starke Stimme.

Läuft Ihre Allianz nicht Gefahr, den anderen Fluglärmgegnern in die Quere zu kommen?

Unser Vorstoss ist abgesprochen und abgestimmt mit den Gemeindeexekutiven

im Norden, Osten und Westen. Sie zeigen sich bereit, von gewissen Positionen abzurücken. So könnte sich etwa die IG Nord vorstellen, in einem fairen Deal auch den Widerstand gegen den gekrümmten Nordanflug aufzugeben. Für die nahe am Flughafen gelegenen Gemeinden im Norden spielt es ohnehin keine Rolle, ob die Flugzeuge vom Aargau, Thurgau oder von Deutschland her anfliegen. Die Nordgemeinden waren schon immer von Lärm belästigt und werden es auch in Zukunft sein. Nur haben sie wahrscheinlich lieber mehr Anflüge als die bekanntlich viel lauterer Starts.

Sie wollen Pistenverlängerungen verhindern. Doch die dürften vor allem den Süden entlasten. Zudem hat das Zürcher Stimmvolk letztes Jahr die Initiative zum Ausbaustopp des Flughafens abgelehnt. Wie wollen Sie mit Ihrer Forderung eine Mehrheit im Kanton Zürich gewinnen?

Das Resultat der Volksabstimmung über ein Pistenausbauverbot im letzten

Jahr sollte man nicht als Massstab nehmen. Die öffentliche Diskussion drehte sich damals um die Frage: Bin ich für oder gegen den Flughafen? Darum geht es uns nicht. Sondern darum, aufzuzeigen, dass man auch mit dem heutigen Pistensystem auf eine absehbare Zukunft hinaus die Luftverkehrsnachfrage bewältigen kann. Wenn wir gleichzeitig aufzeigen, wie der Fluglärm fair verteilt werden kann, dann bin ich überzeugt, dass ein solches Betriebskonzept im ganzen Kanton mehrheitsfähig wäre. Auch wenn dies für den Süden hiesse, während der Tagstunden zu Spitzenzeiten einige Geradeausstarts über seinem Gebiet zu akzeptieren – wenn dafür in den Morgenstunden eine Entlastung von Südflügen gegeben wäre. Es darf nicht sein, dass eine Region absolut von jeglichem Fluglärm verschont werden soll.

Ist die von Ihnen vorgeschlagene Variante «Rotation» auch sicher?

Der Name Rotation ist vielleicht etwas irreführend. Er bedeutet nicht, dass das Betriebssystem alle zwei Stunden geändert werden muss. Es ist aber nicht unsere Aufgabe, die Sicherheit abschliessend zu beurteilen. Wir präsentieren eine politisch und flugbetrieblich sinnvolle Forderung. Beispielsweise sind Starts Richtung Süden geradeaus sicherer, als wenn das Flugzeug nach dem Start abdreht und sich damit Start- und Durchstarttrouten kreuzen. Auch die Swiss und den Flughafen interessiert diese Variante, weil dadurch die Stundenleistungsfähigkeit erhöht und die Verspätungsanfälligkeit reduziert werden kann. Wir stellen also nicht weltfremde Forderungen.

Spielt es in Ihren Überlegungen eine Rolle, ob der Staatsvertrag mit Deutschland zustande kommt oder nicht?

Aus meiner Sicht ist diese Frage nicht matchentscheidend. Auf jeden Fall nicht in Bezug auf die Fluglärmverteilung. Ob beispielsweise am Morgen die Flugzeuge von Hohentengen oder Zurzach her über den Stadlerberg anfliegen, ist für die näher am Flughafen gelegenen hauptbetroffenen Gemeinden nicht wirklich massgebend. Unabhängig vom Staatsvertrag muss auch für den Sachplan Infrastruktur – für die Festsetzung des SIL-Objektblatts durch den Bund – eine Lösung in der Frage der Fluglärmverteilung gefunden werden.



ANZEIGE

FAiR
Für eine Aufwertung des Zürichseeufers im Recht
www.fair-zh.ch

- Spazierweg für mehr als eine Viertelmilliarde Steuerfranken?
- Wertvolle Kulturlandschaft verschandeln?
- Intakte Uferbereiche verschmutzen?
- Fisch und Vogel noch mehr bedrängen?
- Bürger enteignen und teure Prozesse führen?
- Die Rechnung einmal mehr den Automobilisten präsentieren?

Seezugang ja – NEIN zum durchgehenden Seeuferweg